

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postleitzettel Dresden 2640

Gebührt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr bis den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellen monatlich 11. M., durch andere Buchdrucker beigebringen in der Stadt monatlich 11. M., auf dem Lande 11. M., durch die Post jährlich monatlich 11. M. mit Aufstellungspflicht. Alle Postanstalten und Postkabinen sowie meiste Kaufleute und Geschäftsstellen nehmen jedesmal Bezahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstillstände hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Jahrestafel 11. M. für die 6 gebildeten Korpsbezirke über deren Raum, Räume, die 2 halbe Korpsbezirke 11. M. Der Wiedereintrag und Jahresbeitrag entsprechender Periodisch. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die 2 gebildeten Korpsbezirke 11. M. Nachrichten-Gebühr 10 Pf. Anzeigenanzeige ist verpflichtet zu 10 Pf. Für die Möglichkeit der durch Posten übermittelten Bezahlungen übernehmen wir keine Gewissheit. Jeder Aufstellungspflicht ist erlaubt, wenn die Bezahlung durch Briefe eingezogen werden muss oder der Aufzähler in Reaktion gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseraten Teil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 99

Freitag den 28. April 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Staatssekretär Hirsch hält in Genua eine Rede für die Erleichterung des internationalen Handels durch Änderung der heutigen Volkszählungen.

\* Die Behauptung Poincarés, daß Frankreich zu einem Vor-gehen gegen Deutschland aus eigener Faust berechtigt sei, wird von deutscher Seite widerlegt.

\* Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat nach gutem Vernehmen der deutschen und polnischen Regierung eine Note unterbreitet, in der sie die beiderseitigen Verteile zur Vorbereitung der Gebietsübergabe zum 4. Mai einlädt.

\* Der französische Kreiskontrolleur von Gleiwitz hat die Be- kündigungen des Belagerungszustandes in Gleiwitz, Tost und Hindenburg erleichtert. Die Stratosperre beschrankt sich auf die Zeit von 11 bis 3 Uhr nachts.

\* In Kopenhagen wurde ein vorläufiges Abkommen zwischen Dänemark und Deutschland über die Zuständigkeiten unterzeichnet.

\* Tschiicherin hat eine scharfe Note an Polen gerichtet, in der er gegen die Teilnahme Polens an den Genueser Verhandlungen über Russland protestiert.

\* Polen hat eine große Anleihe von den Vereinigten Staaten erhalten.

komme. Sie sind dafür, die uns verbleibende Provinz in ihren autonomen Rechten nach Möglichkeit zu stärken, möchten aber auch der von ihnen angestrebten neuen Aufteilung des Reiches nicht damit vorgreifen, daß hier zu den vielen kleinen "Ländern", die wir schon haben, noch ein neues selbständiges Reichsglied hinzutreten. Eine Anschauung, in der sie sich im großen und ganzen auch mit der demokratischen Partei begegnen. Ebenso treten auch die Rechtsparteien mit voller Entschiedenheit für die Abwehr aller auf weitere Schädigung Preußens gerichteten Befreiungen ein. Man kann also wohl schon jetzt ohne weiteres annehmen, daß der Rest von Oberschlesien den Charakter einer preußischen Provinz behalten wird. Ein neuendiges ausgetragener Gedanke geht noch dahin, daß umstrittene Gebiete von Preußen loszutrennen und es zwar nicht zu einem selbständigen Bundesstaat zu erheben, sondern, ähnlich wie es 1871 mit Elsaß-Lothringen geschah, dem Reich als reichs-eigene Gebiete anzugehören. Also eine Art Mittelding zwischen Provinz und Bundesstaat. Die Auseinandersetzungen über diese Idee sind noch im Gange, sie dürften aber schwerlich zu einem positiven Abschluß führen.

Alles in allem kann man nur sagen: An dem neuen Nachbarn, den Deutsch-Oberschlesien nach dem Weggang der Interalliierten Kommission erhält, wird es ganz gewiß keine Freude haben. Um so mehr muß es darauf bedacht sein, alle seine verbleibenden Kräfte zum Widerstand gegen die Unersättlichkeit der Polen zusammenzuhalten.

## Lloyd Georges Friedenspläne.

Poincaré's Paragraphenfeld 32 g.

Wischen Genua und Paris wird augendurchlich ein langer aber zäher Kampf um den Frieden in Europa ausgespielt. Lloyd George ringt mit Auslösung aller diplomatischen Künste um Anerkennung für sein großes Programm eines zehnjährigen Burgfriedens. Poincaré aber sucht aus den Paragraphen des Friedensvertrages nachzuweisen, daß sein Vorstoß gegen Deutschland, den er in seiner Rede für den 31. Mai ankündigte, gerechtfertigt sei. Die dadurch entstandene

### englisch-französische Spannung

wird von keiner Seite verbucht, nur ist man in Paris bestürzt, ein wenig einzuladen und die Dinge nicht gleich auf die Spitze zu treiben. Lloyd George bezeichnete in einer an England gerichteten Botschaft die Rede Poincarés als eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht danach angeht, daß Zusammenarbeit der Alliierten zu verbessern. Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde. Die Londoner Blätter behaupten sogar, daß aus Anlaß der Rede Poincarés die Möglichkeit, daß sich Frankreich von der Generalkonferenz zurückziehe, in Genua und London eifrig erörtert werde. Poincaré hingegen hat die französischen Pressevertreter erachtet, darum hinzuweisen, daß seine Äußerungen über eine etwaige Sonderaktion falsch ausgelegt worden seien. Frankreich ist nach seiner Versicherung entschlossen, sich strikt an den Versailler Vertrag zu halten. Nur in dem Falle, daß die Reparationskommission am 31. Mai ein gewolltes Ver- sagen von Deutschland feststellt, werde Frankreich auf Grund des § 17 und 18, Anhang 2 und der Wiedergutmachungsbestimmungen sich für berechtigt halten, gegebenenfalls auf eigene Faust vorzugehen. Tatsächlich befindet sich Poincaré im Irrtum. Der Friedensvertrag bietet keine Möglichkeit für einen einzelnen der verbündeten Staaten, für sich allein Reparationsforderungen einzutreiben. Nur ein gemeinsames Vorgehen entspricht dem Sinn und Willen des Vertrages.

### Der europäische Balk

Den Lloyd George zustandebringen will, soll nach den vorliegenden Sätzen im wesentlichen eine Übertragung des Vierervertrages von Washington auf Europa sein. Der Vertrag beginnt mit der Erklärung, daß es wünschenswert sei, den Frieden zu verstetigen und die Entwicklung zu erleichtern. Am zweiten Artikel wird bestimmt, daß die unterzeichneten Nationen sich verpflichten, sich nicht anzugreifen, und daß im Falle einer Verletzung des Abkommen die Nationen sich gegenseitig ins Benehmen sehen, um den Frieden wiederherzustellen. Das Dokument enthält eine Reihe von Sanktionen in seiner feierlichen Form, es scheint vielmehr (so wird über Paris berichtet!) durch seine Ungewöhnlichkeit diejenigen zu ermutigen, die eine Revolution der bestehenden Friedensverträge wünschen. Der endgültige Text des Paktes steht immer noch nicht fest. Es liegen drei Entwürfe vor, von denen der eine von Lloyd George hervorgeht. Der zweite stammt von Barthou und der dritte von Dr. Benesch. Die wesentlichen Elemente dieser Entwürfe sollen in einer Entwicklung verschmolzen werden. Die französische Artikulation des Vertragsentwurfes wünscht nachdrücklich, unter allen Umständen müsse

### das Wort „Abtötung“ ausgemerzt

werden, denn diese Frage gehöre ausschließlich zu der Kompetenz des Völkerbundes. Gegenüber dem Washingtoner Abkommen besteht die wichtigste Abänderung darin, daß die Nationen frei sein müssten, unter sich Gruppen zu

vorne, im Falle das Abkommen verlegt werde. Diese Feststellung werde den Abschluß eines beschränkten Paktes unter den Staaten der kleinen Entente nicht verhindern oder eines Paktes, welcher mit Sanktionen versehen ist, unter der kleinen Entente, Polen, Frankreich, Belgien und wohl auch Italien. Hier erscheint also

### der Gedanke eines alliierten Blocks.

Man glaubt deshalb, daß ein allgemeiner Balk ohne den hier gekennzeichneten kontinentalen Balk abgeschlossen werde, und daß dieser leichter nicht ohne den französisch-brüderlichen Balk möglich sei.

### Kein neues deutsches Steuerprogramm!

Die Bedeutung des 31. Mai besteht veranlasst darin, daß Deutschland bis dahin ein neues Steuerprogramm von 60 Milliarden beschließen soll. Ein Pariser Blatt behauptet nun, ein solches Programm sei inzwischen bereits der Reparationskommission vorgelegt worden. Diese Meldung ist falsch. Die deutsche Regierung befindet sich nur in häufiger Führungsnahme mit der Reparationskommission, und es mag sein, daß eine deutsche Antwort Anlaß zu der Pariser Meldung gegeben hat, die aber in der Hauptache fehlt, weil die deutsche Regierung natürlich keine neuen Steuern vorschlagen konnte.

## Die kampflustigen Russen.

### Eine scharfe Note an Polen.

Die Russen kämpfen in Genua mit einer geradezu herzkrankenden Rücksichtslosigkeit für ihre Ansprüche, vor allem für die Anerkennung der Sowjetregierung. Nachdem die Alliierten sich vorbehalten haben, den deutsch-russischen Vertrag nachzuprüfen, und nachdem sie die deutsche Delegation von den weiteren Verhandlungen mit Russland ausschließen wollen, hat Tschiicherin sofort in einer sehr scharf gehaltenen Note an die Polen verlangt,

auch Polen aus der Kommission ausscheiden, die die russischen Fragen behandeln. Die Note macht Polen daraus aufmerksam, daß zwischen Polen und Russland ein regelrechter Friedensvertrag bestünde, der Polen auf die Anerkennung der Sowjetregierung verpflichte. Tschiicherin findet es merkwürdig, daß ein Staat, der Russland anerkennt, das Bestreben verfolge, der russischen Regierung das Recht zu nehmen, mit anderen Staaten Verträge zu schließen. Darin erblickte die Sowjetregierung einen Eingriff in die Souveränität Russlands. Die Polen haben bereits die Antwort auf die Note der Russen erteilt. In der Note sagt die polnische Delegation, Polen habe niemals die Sowjetregierung ohne Vorbehalt anerkannt. Andererseits leben sich die Russen auch zur Abwehr genötigt, denn die alliierten Delegationen wollen ihnen

### ein kurzfristiges Ultimatum

überreichen, in welchem Antwort auf zwei Fragen verlangt wird: 1. Ob Russland sämtliche Schulden bedingungslos anerkennen will, 2. ob es für die bedingungslose Herausgabe des nationalisierten Privatgegen- gutes einstehen will. Man glaubt, daß dieses „Ultimatum“ nicht zu einem Bruch, sondern vielmehr zu neuen Verhandlungen führen soll.

### Kein deutsch-russischer Geheimvertrag.

Der Reichskanzler hat in Genua noch einmal besonders Gelegenheit genommen, nachdrücklich zu betonen, es besteht kein Geheimvertrag mit Russland noch irgend eine geheime Klause. Der geheime Vertrag von Rapallo sei veröffentlicht worden. Er ist nach unserer Aussage als Friedensinstrument zu würdigen, und er ist auch der erste wahre Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigen Kriegen gefangen waren. Er macht mit der Vergangenheit zwischen Deutschland und Russland keinen Fisch.

Auch Dr. Rathenau hat ähnliche Erklärungen abgegeben und dabei u. a. gefagt: „Wir haben alles getan, um immer wieder Russland zu beruhigen. Trotz aller Opfer haben wir volles Vertrauen nie errungen! Wenn die Führer unseres Kabinetts mit ihrem christlichen Willen zur Erfüllung der Verträge den Schluß früherer Gegner errungen haben, so können wir doch nicht Gedankeninteressen verleihen, nur um uns diesen Auf zu erhalten.“

## Vom Kollktiv zum Wirtschaftsfrieden.

### Deutsche Vorschläge in Genua.

Eine sehr konkrete Note hat der Staatssekretär Hirsh vom Reichswirtschaftsministerium in der Wirtschaftskommission in Genua gehalten, als die Förderung des internationalen Handels beraten wurde, der unter den gegenwärtigen Kollktivverhältnissen schwierig zu leiden hat.

Der deutsche Delegierte hoffte an das Londoner Memorandum an, daß von dem Gedanken ausgeht, daß die Städte der Weltwirtschaft nur dann bestreitig werden können, wenn die internationalen Wirtschaftsbeziehungen wieder in ihren normalen Zustand zurückgeführt werden.

Die Verschärfung Europas in eine große Zahl von selbständigen Territorien hat, so erklärt Hirsh, in ihrem Gefolge eine für die Produktion der Wirtschaft nachteilige Zersplitterung des Verkehrsnetzes, der Mindestsätze und der sozialwirtschaftlichen Gesetzgebung nach sich gezogen. Er habe feststellen können, daß die Längen der Landesgrenzen zwischen den Ländern Mitteleuropas, Ost- und Südeuropas sich um mehr als 6000 Kilometer ver-

längert hat. Man denkt an die Heere von Beamten zur Bewachung dieser neuen Grenzen, an die Wände von Verordnungen und Einzelbescheiden zur Regelung des Personen- und Warenverkehrs! Das Interesse der Weltarbeit im ganzen verlangt gebietserheblich die Rückkehr normaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Der gegenwärtige Zustand kann nicht anders bezeichnet werden als

#### ein System des allgemeinen Kriegs.

geprägt durch einseitige Weisbegünstigung gegenüber einigen Ländern. Dabei sind die Kräfte so verteilt worden, daß die an sich schwächeren Länder den anderen die Weisbegünstigung zu gewähren haben. Die zerstörende Wirkung dieses Zustandes für alle liegt auf der Hand. Hierdurch leidet daraus die Förderung der gegenwärtigen Einräumung des Weisbegünstigungsrechts ab, besonders hinsichtlich der Kolonie, und zwar durch alle europäischen Staaten. Aus diesem Gedanken folgt die Forderung, das gegenwärtig in Europa herrschende System von Namyschilen sobald als möglich abzubauen. Welche verhängnisvolle Bedeutung die ungeldartige Behandlung gerade für Deutschland im gegenwärtigen Moment hat, erläuterte der Staatssekretär an einigen Beispielen. Danach besteht in zwei Ländern ein absoluter Einfuhrverbot für deutsche Produkte, während umgekehrt Deutschland diesen Ländern die Weisbegünstigung zu gewähren hat. Andere Länder haben Spezialzölle von solcher Höhe gegen Deutschland erichtet, daß sie praktisch einem Einfuhrverbot gleichkommen.

Der deutsche Delegierte zog aus diesen Darstellungen den Schluß, daß unter solchen Umständen sich auch die anständigen Schulden nicht vermindern lassen. Sie gelten im Gegenteil als Wirkung der immer steigenden Passivität der Handelsbilanz. Deutschland verlangt daher die Wiedereinführung der Weisbegünstigung, um endlich die weltwirtschaftliche Möglichkeit zu finden, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, und um der Welt endlich den Wirtschaftskrieg wiederzugeben.

#### Der deutsche Rechtsstandpunkt.

Darf Frankreich selbständig vorgehen?

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat in seiner letzten Rede in unpräziser Weise für Frankreich das Recht in Anspruch genommen, gegebenenfalls allein und ohne Verhandlung mit seinen Alliierten zu Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zu schreiten, wenn Deutschland den Anforderungen der Reparationskommission nicht rechtzeitig genügt. Er hat dabei ausdrücklich betont, daß ein derartiges selbständiges Vorgehen Frankreich dem Vorlaut des Vertrages von Versailles entspreche.

Es handelt sich um die bekannten Paragraphen des Friedensvertrages im Abschnitt über die Reparationen, wo von den Folgen einer Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen die Rede ist. Wenn Deutschland, so heißt es im § 17 der Anlage 2 dieses Abschnittes, irgendeiner seiner Reparationsverpflichtungen nicht nachkommt, so zeigt die Reparationskommission diese Nichterfüllung unverzüglich jeder der beteiligten Mächte an und teilt ihr gleichzeitig ihre Vorschläge über die im Hinblick auf diese Nichterfüllung hier angebrachte erneuernde Maßnahmen mit. Für den Fall, daß eine vorläufige Richterfüllung vorliegt, wird in dem folgenden § 18 dann weiter bestimmt, daß die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind und die Deutschland nicht als feindselige Handlungen betrachten darf, in wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergleichungsmaßregeln bestehen können, überhaupt in solchen Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.

Aus diesem Vorlaut der Bestimmungen, die Herr Poincaré zweifellos im Auge hat, sieht man, daß nirgends von einem selbständigen Vorgehen der einzelnen an der Reparation beteiligten Mächte die Rede ist. Aus dem ganzen Vorlaut des Reparationsystems, von dem diese Bestimmung nur ein Teil ist, ergibt sich vielmehr ohne weiteres das Gegenteil. Keine der alliierten Mächte kann ihre Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland gestellt machen. Sie haben sich vielmehr nur an die Reparationskommission zu wenden, die in allen

ihren Beschlüssen an genaue Abstimmungsregeln gebunden ist. Wenn eine Macht vor sich aus ohne Verhandlung mit den anderen Mächten vorgeht, so würde sie das ganze Reparationssystem durchbrechen. Schon weniger, wie die einzelne Macht unmittelbar Reparationsansprüche gegen Deutschland geltend machen kann, kann sie auch für sich allein Gewaltmaßnahmen zur Durchführung dieser Ansprüche ergreifen. Die Reparationen lieben der Gesamtheit der beteiligten gegenüberliegenden Mächte als solcher zu. Das Gleiche gilt sogar für die Anwendung aller Mittel gegen die der Beitrag etwa für die Vollstreckung der Reparationen vorsteht. Angenommen wird auch hier wieder der Versuch gemacht, eine der wenigen Garantien zu bestätigen, die der Versailler Vertrag Deutschland gegeben hat. Das ist der gleiche Versuch, wie ihn Frankreich im Frühjahr 1920 mit dem Einmarsch in den Ruhrgebiet unternommen hat.

Verstärkung der amerikanischen Garnisonen in Tientsin um das Doppelte ihres bisherigen Bestandes. Man rechtfertigt diese Maßnahmen mit der Begründung, daß die in China drohende Revolution eine große Gefahr für die amerikanischen Staatsangehörigen darstelle, für deren Schutz rechtzeitig gesorgt werden müsse.

#### Aus In- und Ausland.

DA Berlin. Zur Ergänzung des Weißbuchs über die Reparationsverhandlungen wird an den amtlichen Stellen kurz an einer Denkschrift gearbeitet, die eine genaue Nachweisung der bisherigen deutschen Wiederanbauleistungen geben wird.

Berlin. An die Stelle des verstorbenen Abgeordneten Otto Hins tritt der Gewerkschaftsleiter Carl Spiegel in Bielefeld in den Reichstag ein.

München. Mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit nahm der Münchner Stadtrat einen Antrag an, wonach Arbeitnehmer der Stadtgemeinde, die am 1. Mai an der Maiarbeiter teilnehmen wollen, auf Aufsuchen dienstfrei zu geben ist.

Stuttgart. Reichsbürgermeister des Amtes Dr. Adeler ist zum Besuch der württembergischen Regierung in Stuttgart eingetroffen. Der Minister besuchte die Villa Reichenstein, die als Reichsregierung angeboten worden ist.

London. General Adamson, der Besitzer eines britischen Kreuzers, wurde in einer der letzten Nächte erschossen. Eine Anzahl australischer Offiziere, die mit dem Mord in Verbindung stehen, sind verhaftet worden.

Antwerpen. Das deutsche Generalkonsulat in Antwerpen ist eröffnet worden. Es wird von Generalkonsul Brancourt geleitet.

Moskau. Auf Grund des Erfolgs der kritischen Arbeitserbeiten wird die Sowjetregierung für 6 Millionen Goldrubel Getreide für die Hungersnot ankaufen.

#### Politische Rundschau.

##### Deutsches Reich.

Deutsch-dänische Aufschlüsselung.

Der dänische Minister des Außen und der deutsche Gesandte in Kopenhagen haben ein vorläufiges Abkommen zwischen Dänemark und Deutschland, betreffend die Aufschlüsselung, unterschrieben. Das Abkommen, das Bestimmungen zur Regulierung des Aufwertschlusses zwischen den beiden Ländern enthält, ist auf Grund von Verhandlungen zwischen einer von der dänischen Regierung ernannten Delegation und einer entsprechenden deutschen Delegation ausgearbeitet worden.

Die freuden Besagungen am Rhein.

Wie von unerwarteter rheinischer Seite versaut, sollen die französischen Truppen, die sich bisher in Bonn befanden, zur Bezeugung der bisher von amerikanischen Truppen besetzten Zone herzuwandern, sobald Bonn wieder von den in Oberschlesien neuverdenden Engländern besetzt wird.

##### Frankreich.

X Heimplatz in Paris. In ganz Paris sind Plätze der Royalisten verbreitet, die zu einer großen Kundgebung für Freitag abend aussordnen. Diese Plätze stellen wohl das ungeheureste dar, was in diesen Tagen an Begehung in Paris geleistet worden ist. Es heißt in dem Blatt, man müsse sofort in Deutschland eintreffen, die Städte besetzen, um selbst von Plätzen Reich zu erobern, die zur Zahlung der Reparationen notwendig sind. Wenn wir jetzt nicht sofort marschieren, werden es die Deutschen unverzüglich tun. Darum: Republikaner, Royalisten, alle Vaterlandstreunde! Auf zur sofortigen Tat!

##### Italien.

X Auf dem internationalen Gewerkschaftscongres in Rom wurde die Abstimmung erörtert. Der Zichedostowale Drobedi schlug gegen einen neuen Krieg den Generalstreik vor. Daselbe Mittel empfahlen der Italiener, der Schweizer FZG und der Deutsche Dittmann. Dieser wies zudem darauf hin, daß aus Deutschland keinerlei Kriegsgefecht drohe. Auch ohne Kontrollenkontrolle werde das deutsche Proletariat jede Herstellung von Kriegsmaterial verhindern, doch müsse das Proletariat der übrigen Länder ebenso handeln. Beschlossen wurde, den von der Amsterdamer Konferenz 1921 zur Prüfung und Anwendung der besten Mittel zur Bekämpfung des Krieges und des Militarismus ernannten vorläufigen Ausschuß in einen handigen Ausschuß umzuwandeln.

##### China.

X Amerikanisches Eingreifen in China. Nach einer Meldung aus Manila hat der amerikanische Kreuzer "Hudson" Befehl erhalten, in die chinesischen Gewässer einzufahren. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme erfolgte eine

#### Welt- und Volkswirtschaft.

##### Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle zeigt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechoslowakische Kronen, 100 amerikanische, belgische und französische Franc, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. „Esel“ — angeboten; „Geld“ — gekauft.

Währung	26. 4.		25. 4.		Stand	
	Geld	Brief	Geld	Brief		
Holland	Guld.	10580,7	10613,25	9568,00	9587,00	170 NL
Dänemark	Kron.	5912,0	5927,40	5388,25	5371,75	112
Schweden	Kron.	7209,90	7279,10	6543,80	6583,20	112
Norwegen	Kron.	529,85	530,00	4734,25	4745,95	112
Schweiz	Frank.	—	—	4903,65	4916,15	72
Amerika	Doll.	270,4	280,10	232,18	232,82	44
England	Pfund	1240,90	1244,10	1113,80	1113,40	20,20
Frankreich	Frank	2626,70	264,20	239,55	234,45	80
Belgien	Frank	2411,95	2408,05	2157,80	2162,70	80
Italien	Lira	1528,55	1531,95	1368,25	1369,75	80
Dt.-Österr.	Kron.	8,55	8,59	8,18	8,22	85
Ungarn	Kron.	38,20	36,30	34,65	34,75	85
Ungarn	Kron.	548,80	549,70	498,80	499,65	

Berlin, 28. April. (Stand der Polnischen Mark) Polnmark an der heutigen Börse mit 0,65 Pf. bewertet.

\* Berliner Produktionspreise vom 26. April. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, marktlicher 660—675, fest. Roggen, marktlicher 485—500, fest. Sommergerste 505—610, fest. Hafer, marktlicher 500—520, kommerzieller 500—512, fest. Mais ohne Provenienzangabe 500—520, kommerzieller 442—456 ab Hamburg, fest. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1740—1825, jemte Marken unter Notiz bezahlt. Hafer. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 1100—1220, Rubig. Weizenkleie 395—400, fest. Roggenkleie 400—410, fest. Raps 920—940, fest. Leinöl 1069, fest. Butterkäse 600—620, kleine Speisebutter 520—550, Butterkäse 480—500, Butterbutter 492—500, Butterdella, neue 1250—1300, 1920er 1050—1100, Butterblumen 410—440, Leinfutter 630—700, Froschschnabel 320, Vollwertiges Froschschnabel 500—530.

Ihre körperlichen Kräfte lehrten zurück; gesunde Widerstand war bereits, die bleichen Wangen zu jähren.

Aber noch immer diese Kynähe, diese Gleichgültigkeit gegen alles um sie her.

Der Arzt schüttelte den Kopf. Er wußte nicht, was er aus ihrem Zustand machen sollte.

Einmal, bald nach Helms Besuch im Gefängnis, war ein Brief an Helms angelangt. Es war von ihrem Gatten gewesen. Aus Besicht hatte man ihr denselben jedoch nicht gegeben. Ein zweiter war nicht gezeigt.

Da sie noch sehr schwach war, beschloß man, sie vorläufig noch in der Krankenabteilung zu behalten.

Nach einiger Zeit erhielt sie die Erlaubnis, in den Hof hinunter zu gehen. Hier sah sie oft Stundenlang im Sonnenchein auf einer Bank, mit großen Augen die hohen Mauern anstarrend. Oder sie schlich gesenkten Hauptes den Gartenplatz entlang.

Einmal, als Helms gerade wieder auf ihrer Bank saß, kam die Gefangene Helms auf sie zu. Das robuste Weib war auch einmal von einer Krankheit gepeinigt worden, so daß sie für einige Tage nach der Krankenabteilung überführt worden war.

„Na, wie geht's? Warst lange fort, wie?“

Helms blieb wie aus einem Traume auf.

„Na.“

„Wieder besser, was?“

„Na.“

„Sag mir, ich war auch zu dumm von dir, gleich in Chamäleon zu fallen. Mußt Dich endlich mal davon trennen, von dem Balg getrennt zu sein!“

Die Helms erhielt keine Antwort mehr.

Nachdem sich Helms sich die Stirn riebend,

die sie nach irgend etwas in ihrer Erinnerung,

üblich stand sie auf und ging ins Haus.

„Merkwürdige Sorte!“ brummte die Helms hinter ihr her. „Wenn die nicht verrückt ist, will ich sofort —“

Was sie wollte, blieb ungesagt. Eine Wärtin, die die kleine Szene beobachtet hatte, trat auf sie zu und lächelte sie hinweg.

Eines Tages überreichte die Pflegerin Helms zwei Briefe. Unschäflich drehte die junge Frau die Briefe in der Hand hin und her. Dann aber schoß höchst-

lebhaft Helms in ihr Gesicht.

„Sie ist eine kleine Schande in ein kleines Mädchen, um Ihre Schwiegermutter zu bestechen.“

Der eine war von ihrem Gatten.

„Sie erkannte ihn sofort an der Handschrift. Nun öffnete sie quer.“

Leichtfertig blieb überzeugt sie die engbeschriebenen Seiten. Und je weiter sie las, um so leichter wurde ihr.

„Sie war, als ob eine Eiskugel sich von ihrem Herzen löste, als ob alles Weh, das sich seit Monaten dort angesammelt hatte, hinwegschwände. Tränen füllten ihre Augen — die ersten seit langer, langer Zeit.“

Jede Zeile fast handte von ihrem Sohne — wie erwarb er war, wie verständig er war.

#### „Wem nie durch Liebe Leid geschah...“

Roman von Erich Frieden.

82

(Nachdruck verboten.)

„Meine süße Blume,“ murmelte er in letzter Ereglichkeit, „werde wieder gesund! Wenn Du dann zu mir zurückkehst, will ich Dich begießen und pflegen, daß nicht wieder ein ruhiger Strom Deiner Tränen fließt!“

Stundenlang hockte er, ohne sich zu rühren, auf dem Bettrand — felicite Hände in den seinen. Die Arme werden ihm sehr — er achtet es nicht. Die Brust schmerzt ihn — er kümmert sich nicht darum. Er weiß, daß das Leben seines Weibes abhängt von seiner Ausdauer, seiner Energie —

Und er sieht aus.

Ein paar Mal hat ihm die Pflegerin, sich auszuruhen. Er schüttelt nur den Kopf und nimmt ein paar Tropfen Elixier, die sie ihm an die Lippen hält, zur Stärkung.

Felicite schlief zwölf Stunden lang ohne Unterbrechung. — Da fühlt Winfried die kleinen Hände in den seinen feucht werden. Große Tropfen perlten von der Stirn der Kranken.

Die Pflegerin mahnt die Temperatur.

## Nah und Fern.

**O Direkter Postpaketeverkehr zwischen Deutschland und England.** Nach einer Mitteilung des Reichspostministeriums werden von Anfang Mai ab Postpakete mit und ohne Wertangabe bis zu einem Gewicht von 5 Kilogramm nach England und Irland von deutschen Schiffen auch mit deutschen Schiffen (aus den Routenwegen über Hamburg und Bremerhaven nach London und Hull) befördert.

**O Weitere Opfer der Hamburger Methylalcoholvergiftung.** Aus Hamburg wird gemeldet, daß infolge der Methylalcoholvergiftung auf dem Dampfer "Waldner" noch vier Arbeiter gestorben sind. Die Zahl der Toten hat sich somit auf zehn erhöht. Eine große Anzahl Arbeiter schwieb noch in Lebensgefahr. Auch auf den Hochseeschiffen haben viele Leute von dem Inhalt der lediglichsten Fässer getrunken.

**O Tagung der Gesellschaft für Völkerrecht.** An der Hamburger Universität wurde die dritte Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, woran zahlreiche bedeutsame Persönlichkeiten aus allen Teilen Deutschlands teilnehmen, durch den Vorsitzenden Geheimen Justizrat Rittermeier-Miel eröffnet. Die Reichsminister sowie der Reichspräsident hatten Vertreter entsandt. Das Programm der Tagung umfaßte hauptsächlich die völkerrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Versailler Friedensvertrag.

**O Für eine halbe Million Messing und Kupfer gestohlen.** Der Magdeburger Kriminalpolizei gelang es, große Metalldiebstähle, an denen Arbeiter und Angestellte von Großindustriebetrieben beteiligt sind, aufzudecken. Es wurden Metallgegenstände aus Messing, Kupfer und Mangan im Wert von einer halben Million entwendet. Durch Haussuchungen bei Abkömmlingen ist ein Teil des gestohlenen Gutes wieder zur Stelle geschafft worden.

**O Eine Millionenerbschaft ohne Erbin.** In jugoslawischen Blättern findet sich ein öffentlicher Aufruf, worin eine gewisse Rosa Klein, die während des Weltkrieges an den serbischen Fronten als Krankenschwester Dienste leistete, gefordert wird, um eine Erbschaft von 25 Millionen Dollar in Empfang zu nehmen. Für die Auffindung der Rosa Klein sind 20 000 Dollar Belohnung ausgeschetzt.

**O Die Ursache der Explosion in Monastir.** Die jugoslawische Regierung hat eine Untersuchungskommission nach Monastir entsandt, um über die Ursache der Explosionskatastrophe Erhebungen einzuleiten. Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Explosion höchstwahrscheinlich durch Witterungsveränderungen hervorgerufen worden ist. Wie jetzt feststeht, wurden ein Soldat und sechs Zivilpersonen getötet. Die ersten meldungen hatten bekanntlich behauptet, daß nicht weniger als 1800 Personen bei dem Unglück den Tod gefunden hätten.

**O Eine Totengräberarmee.** Moskauer Blätter zufolge hat die bolschewistische Regierung beschlossen, eine besondere Totengräberarmee ins Leben zu rufen. Sie wird in den Hungergestreben die Leichen der austierbenden Bevölkerung zu bestatten haben.

## Bermischtes.

**A Ein unparlamentarisches Parlament.** In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es anlässlich der Beratung über die neuen Lohnforderungen der städtischen Arbeiter zu einer kleinen Holzerei. Die Unabhängigen und Kommunisten fühlten sich durch eine verächtliche Redewendung des Oberbürgermeisters — die dieser aber ganz entschieden bestreitet — so tief geärgert, daß sie unter dem Schlagwort: "Sie Lummel!" auf den Magistratsbürolokalen und sich bald mit eiligen bürgerlichen Stadtvätern in einem fröhlichen Handgemenge befanden. Ein kommunistischer Herr griff schließlich gar zu einer "Sollaeunis" — wie man im alten Rom die Amischiile der höchsten Beamten nannte — und wollte damit die gegenseitige Partei erschlagen. Seine eigenen Parteifreunde rissen ihm aber die Wordwaffe aus der Hand, worauf das Kampfgerümmel allmählich abebbte. Die liebliche Szene bringt ein kleines Geschichtchen, das jüngst in einem jugoslawischen Blatte erzählt wurde, in Erinnerung: Ein Fremder kommt nach der Großstadt, und der ehrsame Bürger, dessen Gast er ist, will ihm unter anderen Schenkungen auch das Rathaus zeigen. "Rathaus?" fragt der Fremde. "Ist das nicht das rote Haus, wo unten die schöne Wirtschaft ist?" — "Sehr richtig," antwortet der Bürger, "aber oben ist auch eine schöne Wirtschaft!"

**A Berechnung des Arzthonorars nach dem jeweiligen Brotpreis.** Die Ärzte in Dresden in Sachsen haben beschlossen, sorian den jeweiligen Brotpreis als Grundlage für die Honorarberechnung zu betrachten. Sie geben das ihrer Autokraft durch folgenden Baratzimmeranschlag bekannt: "Das dauernde Fortschreiten der allgemeinen Entwicklung erfordert uns Ärzte, unsere Honorarforderungen dem sinkenden Marktwert anzupassen. Wir werden uns künftig in verschiedener Weise den bestehenden Brotpreis zur Rücksicht nehmen. Als Mindestsätze gelten daher bis auf weiteres die Friedenssätze von 1914 (3 Mark für den Besuch, 2 Mark für die Beratung usw.), vervielfacht mit der Zahl, die sich ergibt, wenn der deutliche Preis für ein Pfund Brot durch 15 (1914 kostete ein Pfund Brot 15 Pfennige) geteilt wird." Das kommt ungefähr auf das selbe heraus wie die Berechnung nach der Reichsindexziffer, hat aber den Vorzug der leichteren Verständlichkeit für das Volk.

## Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

### Die Konferenz der Zentralnotenbanken.

Berlin. Der Delegierte der Finanzkommission in Genua, der Reichsbankpräsident Habenstein, lebt jetzt aus Genua zurück, nachdem die dortige Finanzkommission ihre Arbeiten beendet hat. Die Arbeiten können insofern wohl als befriedigend bezeichnet werden, als beschlossen worden ist, eine Konferenz der Zentralnotenbanken einzuberufen, die voransichtlich schon in nächster Zeit in London unter Führung der Bank von England zusammenentreten wird. An der Konferenz werden nicht nur die Zentralnotenbanken Europas, sondern auch die Federal Reserve Bank in Amerika teilnehmen.

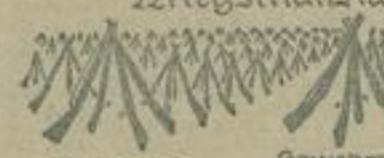
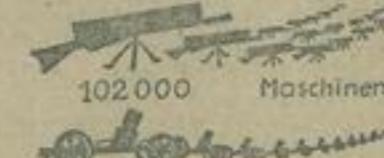
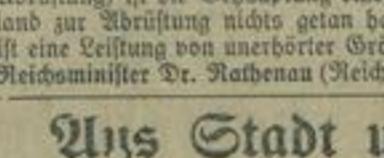
### Der Schuh der nationalen Minderheiten.

München. Die Kommission der Börsenbundesliga hat ein Memorandum zum Schutz der nationalen Minderheiten ausgearbeitet. Sie fordert darin Garantien gegen jede Spezialgesetzgebung gegenüber den nationalen Minderheiten und gleichmäßige gerichtliche Behandlung der Nationalitäten, freien und bei größeren Minoritäten amtlichen Gebrauch der Muttersprache vor Behörden, Schulen und Kirchen, Durchführung der Söhnverträge durch die kleine Entente, möglichste Autonomie der Minderheiten, verlaßungsfähige Sicherung der parlamentarischen und gemeindlichen Vertretung und Einberufung einer nationalen Konferenz durch den Börsenbund zur Lösung der Minderheitsprobleme.

### Die bevorstehende englische Metallarbeiterausstreuung.

London. Hier wurde in allen Verleben die Ankündigung angekündigt, daß, da die bisherigen Verhandlungen mit den 47 Verbänden des Metallarbeiterverbands zu keiner Einigung führten, daß die angebrochene Ausstreuung am nächsten Dienstag in Kraft treten werde.

## Deutschlands Entwaffnung

Abgeliefertes und zerstörtes Kriegsmaterial	Waffenbestand der Reichswehr auf Grund des Versailler Vertrages
	Gewehre und Karabiner
5800000	102000
	102000 Maschinengewehre
—	1926
	28000 Minen- u. Granatwerfer
—	252
	53000 Geschütze u. Rohre
—	288 Artillerie
	31 Millionen Artillerie-Munition u. Minen
—	14 Millionen Hand- u. Gewehrgranaten
	56 Millionen Zünder
—	310 Millionen Kilo Pulver

Demgegenüber (d. h. gegenüber diesen Ziffern der deutschen Ausrüstung) ist die Behauptung eine Vermessenheit, daß Deutschland zur Ausrüstung nichts getan habe. Die deutsche Ausrüstung ist eine Leistung von unerbittiger Größe.

Reichsminister Dr. Rathenau (Reichstagrede v. 20. März d. J.).

## Aus Stadt und Land.

Wahl gegen die alte Rechts schaum mit hoher Beurteilung erzielen.

Wilsdruff, am 27. April.

**— Die Linke gegen die Landtagsauflösung.** Wie schon berichtet, sind gestern die Fraktionsvorstände der drei Linksparteien des Sächsischen Landtages zu einer eingehenden Beratung zusammengetreten, um zu der augenblicklichen politischen Situation Stellung zu nehmen. Die besondere Schwierigkeit war darin begründet, daß die Kommunisten befürchteten, daß sie für die Auflösung des Landtages eintreten würden, weil sie der Meinung waren, daß durch eine Neuwahl das Übergewicht des Proletariats in Sachsen bewiesen werden würde. Den Bemühungen der beiden Regierungsparteien ist es jedoch im Laufe der Beratungen gelungen, die Kommunisten zu demagogem, von dieser Stellung abzuweichen. Die "Dr. Bätz" verbreitete darüber in ihrer geistigen Ausgabe unter der Überschrift: "Die Linke gegen die Landtagsauflösung" folgendes: Die drei Arbeiterparteien haben am Dienstag 25. April, in gemeinsamer Sitzung zur politischen Situation in Sachsen Stellung genommen. Sie waren einmütig der Auflösung, daß den reaktionären Treibern der bürgerlichen Parteien der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden muß. Die drei Parteien sind noch wie vor der Meinung, daß die Mehrheit des Landtages sich von der bürgerlichen Minderheit nicht ihre Handlungen vorschreiben läßt. Deshalb werden sie den Antrag Bäters auf Auflösung des Landtages ablehnen. Über die im Parlament eingeschlagene Tafel sowie über die Stellung zum Volksentscheid wobei zurzeit noch Verhandlungen. Einmütig kam jedoch in der bisherigen Aussprache zum Ausdruck, daß die Arbeiterparteien mit aller Energie die proletarischen Interessen in den Vordergrund ihrer Politik stellen werden.

**— Der erste evangelische Bischof.** In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung der Ev.-lutherischen Landeskirche wurde zum Nachfolger des demnächst zurücktretenden Oberbischöpfers Dr. Oberholz der Leipziger Theologe Prof. Dr. Ihmel im zweiten Wahlgang gewählt. Da die Synode sich schon vor einiger Zeit dahin geeinigt hat, daß der Nachfolger von Dr. Oberholz beim Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung ohne weiteres Bischof der Ev. Landeskirche werden soll, ist nunmehr von Dr. Ihmels zum künftigen Ev. Landeskirchhof von Sachsen gewählt worden.

**— Eisenbahnerverleih am 1. Mai.** Montag den 1. Mai wird der Personenzugfahrtplan im Bereich der Generaldirektion Dresden wie an Sonntagen durchgeführt. Einige Erweiterungen dieses Fahrplans, die durch besondere örtliche Verhältnisse bedingt sind, werden durch Anschlag auf den Stationen bekanntgegeben werden.

**— Der Preis für das Zeitungsdruckpapier im Monat April** ist jetzt endlich zwischen den Papierfabrikanten und dem Reichswirtschaftsministerium vereinbart worden, und zwar für das Kilogramm 1280 M ausschließlich Anfuhrosten. Das ist seit Februar mehr je Kilogramm 4,55 M und 1,50 M höher als schlimmstens befürchtet wurde. Man sollte beachten, daß dieser Preis in der Zeit vereinbart worden ist, in der im Reichstage die Novelle der Zeitungen offiziell anerkannt werden mußte.

**— Sächsisches Wirtschaftsministerium und Achtstundentag.** Die Nachrichtenstelle in der Staatsanleihe verbreitet eine Mitteilung, in der ausgeführt wird: "Das 9. Heft der 'Sozialistischen Monatshefte' vom 10. April 1922 enthält einen Artikel des Directors der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Max Schippel, in dem sich dieser gegen den Achtstundentag wendet. Da die Landesstelle für Gemeinwirtschaft eine staatliche Einrichtung ist und dem sächsischen Wirtschaftsministerium untersteht, kann der Eindruck erweckt werden, als sei die Auflösung des Directors Schippel auch die Ansicht des sächsischen Wirtschaftsministeriums. Das Wirtschaftsministerium legt Wert darauf, festzustellen, daß es sich bei dem Artikel um eine reine literarische Privatarbeit Schippels handelt. Das sächsische Wirtschaftsministerium selbst nimmt zum Achtstundentag noch wie vor dieselbe Haltung ein, wie die großen deutschen Arbeiterorganisationen, d. h. es hält an der Erhaltung des Achtstundentages unbedingt fest und billigt Ausnahmen nur insofern zu, wie sie in den zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeberorganisationen gemein-

schäftlich aufgestellten Tarifen für bestimmte Berufsgruppen schon zugestanden worden sind, zum Beispiel für die Arbeiter in der Landwirtschaft, in Gärtnereien usw., wo besondere Eigenarten dieser wirtschaftlichen Tätigkeitsweise ein Abweichen von der Norm gesetzlich erlaubt. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat daher mit der Auflösung des Directors Schippel offiziell nicht das mindeste zu tun, sondern ist im Gegenteil zu Schippel der Auflösung, daß es sich beim Achtstundentag nicht um etwas handelt, was um mit Schippel zu reden, „in maßgeblicher Stimmung und Erwartung beurteilt“ wird, sondern um eine große Errungenschaft der Arbeiterorganisationen, die diese mit das Hellste ist, was ihnen die neue Zeit gebracht hat und zu deren Belebung seinerlei genügend begründete Veranlassung vorliegt. — Ist auch der Artikel zunächst eine rein literarische Privatarbeit, so ist die darin vertretene Stellungnahme zum Achtstundentag und besonders die Begründung für Verlängerung der Arbeitszeit nach Auffassung des Wirtschaftsministeriums nur noch schwerlich mit den Pflichten und Aufgaben zu vereinbaren, die vor dem Leiter einer Landestelle für Gemeinwirtschaft gefordert werden müssen.

**— Die Verordnung über den Erholungsaurlaub der Staatsbeamten während des Rechnungsjahres 1922 wird auch für das Rechnungsjahr 1923 in der gleichen Weise Gültigkeit haben.**

**— Regimentstag der 178er.** In der ehem. Garnison Kamenz findet, wie nunmehr endgültig beschlossen ist, vom 23. bis 25. September 1922 der 1. Regimentstag der 178er und damit verbunden die feierliche Einbildung und Einweihung eines Ehrendenkmals für die 2500 im Weltkriege gefallenen Angehörigen des ehem. Königl. Sächs. Infanterie-Regiments Nr. 178 statt. Genaue Adresse, Dienstzeit und Kompanie sind baldmöglichst an Vorstand Bödermeier Richard Berger in Kamenz, Zwingerstraße, einzureichen.

**— Auflösung der Forderungen zur Anmeldung von Forderungen.** Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die aus der Vorkriegszeit herrührenden, vor dem Kriege oder während des Krieges fällig gewordenen Forderungen von in Deutschland ansässigen Deutschen 1. gegen in Großbritannien, seinen Dominien, Kolonien und Protektoraten, mit Ausnahme der Südostasiatischen Union, Ägyptens und Australiens, ansässige Franzosen, 2. gegen in Großbritannien, seinen Dominien, Kolonien und Protektoraten, mit Ausnahme der Südostasiatischen Union, Ägyptens, Australiens und Neuseelands, ansässige Belgier, 3. gegen in Frankreich einschließlich Elsass-Lothringen sowie in den französischen Kolonien und Protektoraten ansässige britische und griechische Staatsangehörige, 4. gegen in Belgien und im Kongo ansässige belgische Staatsangehörige, 5. gegen in Griechenland ansässige Griechen beim Reichsamt anzumelden sind. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 28. März 1922 kann nunmehr die Regelung dieser Forderungen ausschließlich im Ausgleichsverfahren erfolgen. Da die für die Anmeldung festgesetzte Frist bereits am 31. Mai 1922 abläuft und mit einer Verlängerung nicht zu rechnen ist, werden die in Betracht kommenden deutschen Gläubiger dringend aufgefordert, ihre Forderungen, soweit dies noch nicht geschehen ist, umgehend bei der zuständigen Stelle des Reichsamt auf den üblichen Vordrucken anzumelden.

**— Postbediensteverleih.** Wenn man sich erinnert, wie dringlich vom Postblatt immer wieder für Ostlachsen die Einrichtung eines Postbedienstes in Dresden gefordert wurde, so muß jetzt die Tatsache auffallen, daß nun doch eine recht große Zahl von Postbediensteten der Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen den Übergang vom Leipziger zu dem in erforderlicher Entwicklung begriffenen Dresdner Postbedienst (über 27 000 Konten) noch nicht gefunden hat. Dabei sind die Vorteile des im Oste bzw. näher belegenen Postbedienstes doch in die Augen springend. Die Aufträge können früher erledigt werden; die Mitteilungen über die Ausführung der Aufträge und über den Stand des Guthabens gehen dem Kontoinhaber früher zu; die Bewohner von Groß-Dresden und Umgebung können bei ihrem Postbedienst selbst auf schnellstem Wege von ihrem Guthaben Verbrauch abheben. Auch sonst ist der Übergang erleichtert. Vermöglich wird der durch den Übergang etwa erforderliche Umdruck von Schlesien und Westpreußen ebenfalls vom Dresdner Postbedienst unentbehrlich ausgeführt. Es ist auch nicht erforderlich, daß Leipziger Postbedienst zugleich mit dem Beitritt zum Dresdner Postbedienst aufzugeben. Im Gegenteil wartet man damit solange, bis anzunehmen ist, daß Gelder für das Leipziger Konto nicht mehr eingehen werden. Dehnsalls empfiehlt es sich, das Leipziger Konto, wenn nicht früher, so doch vor Jahresende löschen zu lassen. Geben dann dem Leipziger Konto nach dessen Löschung doch noch Gelder zu, so werden solche ohne weiteres an das neue Dresdner Konto weitergeleitet, sofern der Postbedienst dem Leipziger Postbedienst seine neue Dresdner Kontonummer mitgeteilt hat. Hoffentlich genügt diese Anregung, um recht viele Säume dem für sie in Betracht kommenden Dresdner Postbedienst zuzuführen und dann baldmöglichst ihr Leipziger Konto lösen zu lassen. Die Anträge wären an die zuständige Ortspostanstalt zu richten.

**— Neue Bestimmungen über Höhereien in den Schulen.** Das sächsische Kultusministerium hat die bisherige Verordnung über Unterrichtsaufwand wegen Höhe aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: Verträgt die Lufttemperatur im Schatten 10 Uhr vormittags mindestens 25° C, so darf der Unterricht an Schulen mit ganztägigem Unterricht nicht über 12 Uhr mittags ausgedehnt werden. Unter der gleichen Voraussetzung ist an Schulen mit halbtägigem Unterricht der Vormittagsunterricht nicht über 11 Uhr vormittags auszudehnen.

**— Die erste Versteigerung von Postwertzeichen findet vom 3.—6. Mai im Hotel Continental in Dresden im Auftrag der Dresdner Briefmarken- und Münzenverwertungsgesellschaft statt, zu der zahlreiche große Händler und Sammler Deutschlands und des Auslandes ihren Besuch in Aussicht gestellt haben. Der soeben erschienene Katalog verzeichnet zahlreiche große Seitenheiten; so befinden sich unter den zu versteigern den Stückchen ein wundervolles Exemplar der sogenannten Doppelgängen, weiter mehrere Stücke der Drei-Pfennig-Sachen rot und viele andere der großen gesuchtesten Marken.**

**— Im Hemb über die Grenze.** Die Passagiere des "Vogt-Berliner Schnellzuges" hatten längst bei der Grenzkontrolle in Bödenbach folgendes Erlebnis: Ein Herr fiel den Beamten auf, weil er einen langen Überzieher trotz des warmen Frühlingswetters bis unters Kinn zugemotzt hatte und von zudem noch mit beiden Händen an den Leib hielt. Die Grenzbeamten entledigten den Reisenden des Überziehers und stellten zu ihrer Verwunderung fest, daß er darunter lediglich ein Paar Strümpfe trug. Der Schlaue wollte den Zustand der deutschen Mark restlos ausnutzen und sich in Berlin neu einsleiden. Die Polizeibeamten waren aber diesmal ausnahmsweise noch schlauer: Sie vermerkten auf dem Paß: „Habt ohne Anzug über die Grenze, darf keinen Anzug in die Tschechoslowakei zurückbringen.“

**— Wo ist die Glückliche?** Die serbischen Blätter wird nach einer Rosa Klein gefragt, die an den serbischen Fronten im Weltkrieg Krankenpflegerin war. Sie wird als Erbin eines Ver-

